

An die Präsidentin
des Südtiroler Landtags

Ersetzungsantrag zum Beschlussantrag 684/23

Einbrechern den Riegel verschieben

Ein sicheres Zuhause, die körperliche Unversehrtheit und der Schutz des eigenen Hab und Guts sind für die meisten von uns ganz zentrale Grundbedürfnisse. Diese Grundbedürfnisse zu schützen und das Recht auf Sicherheit zu garantieren, zeichnen unter anderem eine zuverlässige und auf Rechtsstaatlichkeit bauende Landesverwaltung aus.

Besonders in den letzten Monaten hat das Sicherheitsgefühl vieler Südtiroler stark gelitten: Wohnungseinbrüche, Autodiebstähle, Handtaschen- und Fahrradklau – in den Lokalnachrichten und sozialen Medien scheinen sich die Berichte über Einbruchserien und Raubüberfälle regelrecht zu überschlagen. Zu den teilweise hohen finanziellen Schäden und Sachschäden die Betroffene durch Einbrüche, Autodiebstähle und Raubüberfälle erfahren, kommt auch eine psychische Belastung, wenn sich Fremde unerlaubt Zugang zu den eigenen vier Wänden verschaffen und somit unsere Privatsphäre und persönliche Sicherheitszone verletzt wird. Hinzu kommt vielfach ein Gefühl von bürgerlicher Ohnmacht und gesellschaftlicher Hilflosigkeit, da viele Täter nicht ausgemacht und von der Justiz nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Während grundlegende Reformen im italienischen Justiz- und Polizeiwesen auf staatlicher Ebene längst überfällig sind und von der römischen Regierung angegangen werden müssen, dürfen sich der Südtiroler Landtag und die Südtiroler Landesregierung nicht aus der Verantwortung nehmen und haben sämtliche zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um vor Ort die Innere Sicherheit unseres Landes zu stärken.

Information und Transparenz: Einbruchsradar

Durch das mangelnde Sicherheitsgefühl und das sinkende Vertrauen in die Sicherheitsorgane und Institutionen sehen sich bereits viele Südtiroler veranlasst sich in lokalen „Bürgerwehren“ und über die sozialen Medien in „Alarm- und Wachgruppen“ zu organisieren. Befeuert wird diese Entwicklung wohl auch dadurch, dass das italienische Polizeiwesen relativ wenig über die aktuellen Delikte und Einbruchserien verlautbart, um keine zusätzliche Beunruhigung zu



verursachen und verdeckte Ermittlung nicht zu gefährden. Transparenz und die offene Kommunikation über das aktuelle Einbruchgeschehen tragen aber wesentlich zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung bei und sind zudem eine wichtige Präventionsmaßnahme.

In vielen anderen Ländern und Regionen Mitteleuropas gehen öffentliche Verwaltung und Sicherheitskräfte einen viel offeneren Weg und setzen zur Stärkung der Inneren Sicherheit auf Information, Transparenz und Kommunikation. Besonders bewährt hat sich der sogenannte „Einbruchsradar“. Die örtlichen Polizeikräfte veröffentlichen zur Information und Sensibilisierung eine digitale Karte ihrer Region oder Stadt, auf der die effektiven als auch versuchten Wohnungseinbrüche der vergangenen Woche angezeigt werden. Den Bürgern wird damit die Möglichkeit gegeben, sich jederzeit ein eigenes und zuverlässiges Bild über die Entwicklung der Wohnungseinbrüche in ihrem engste Umfeld zu machen. Aus Datenschutzgründen werden die betroffenen Stadtviertel angegeben, die genauen Hausnummern sind nicht erkennbar.

Landesförderung für Einbruchschutz

Noch vor wenigen Jahrzehnten standen in vielen ländlichen Gemeinden Südtirols die Türen und Fenster so mancher Häuser einfach offen - Einbrüche und Diebstähle waren dort derart rar, dass das sorgfältige Abschließen und Verriegeln nicht notwendig erschien. Heute hat sich dies grundlegend geändert, auch die entlegene Gebäude und Wohnungen werden von Einbrechern heimgesucht. Durch richtiges Verhalten und besonders durch die richtige Sicherungstechnik können viele Wohnungseinbrüche verhindert werden. Wenn Türen, Fenster und Garagentore effizient gesichert sind und eine Wohnung oder ein Gebäude mit einer Alarmanlage oder Überwachungskamera ausgestattet ist, kann ein Großteil der Einbrüche bereits im Vorfeld verhindert werden. Die meisten Einbrecher sehen von einem Versuch ab, wenn sie eine sichtbare Alarmanlage oder Überwachungskameras wahrnehmen oder wenn einbruchhemmende Türen und Fenster verbaut wurden. Diese technischen Schutzmaßnahmen dienen also nicht nur der Verhinderung bereits stattfindender Einbrüche, sondern bieten auch einen präventiven Schutz. Um die Zahl der Wohnungseinbrüche in Südtirol rasch und ganz konkret senken zu können müssen die möglichen Schwachstellen wie Eingangstüren, Balkon- oder Terrassentüren, Fenster, Keller- oder Garagenzugänge der Häuser und Wohnungen durch den Einbau von zertifizierter Sicherungstechnik beseitigt und gesichert werden.

Wenn der Südtiroler Landtag ernsthaft daran interessiert ist, die Innere Sicherheit im Land zu erhöhen und die Bürger effizient und praxisorientiert dabei unterstützen möchte die Wohnungen mit der notwendigen Sicherheitstechnik auszustatten oder nachzurüsten, müssen entsprechende Investitionszuschüsse gewährt werden.



Vorausgeschickt, dass gemäß dem Autonomiestatut in Südtirol eine Zweiteilung der Befugnisse zwischen dem Landeshauptmann und dem Polizeikommissar besteht, und das Mitspracherecht des Landeshauptmanns zu den von den staatlichen Behörden erlassenen Maßnahmen zur öffentlichen Sicherheit hinzukommt,

beauftragt der Südtiroler Landtag
den Landeshauptmann und die Landesregierung:

- mit der Überprüfung der Notwendigkeit und Wirksamkeit von geeigneten Investitionszuschüssen für Einbruchsicherung und diese innerhalb Juni 2023 abzuschließen.
- Südtirols Bürgerinnen und Bürger in Zusammenarbeit mit den lokalen Polizeieinheiten fortlaufend über das aktuelle Einbruchsgeschehen zu informieren und einen „Einbruchsradar“ in Form einer digitalen Übersichtskarte einzurichten, um die Wachsamkeit und Prävention weiter zu stärken und die Bevölkerung mit einem modernen Ansatz für das Thema Einbruchsdiebstahl zu sensibilisieren.

Bozen, den 08. März 2023

L. Abg. Andreas Leiter Reber

L. Abg. Ulli Mair

